

Motion 17

Gender Budgeting in der Stadt Luzern einführen 2.0

Zoé Stehlin, Regula Müller, Karin Pfenninger und Marta Lehmann namens der SP/JUSO-Fraktion, Chiara Peyer namens der GRÜNE/JG-Fraktion sowie Roland Z'Rotz namens der GLP-Fraktion
vom 15. November 2024

Aufgrund der als Postulat überwiesenen [Motion «Gender Budgeting in der Stadt Luzern einführen»](#) führte der Stadtrat gemeinsam mit EBP anhand der Jahresrechnung 2022 eine Ausgabeninzidenzanalyse durch. Die Analyse hält fest, dass, obwohl erfreulicherweise insgesamt die Pro-Kopf-Ausgaben etwa gleich sind für Frauen und Männer, es in verschiedenen Bereichen geschlechterspezifische Unterschiede gibt, konkret in mehr als einem Drittel der ausgewählten Funktionen. Diese konnten zwar teilweise erklärt werden, bspw. bei den Ausgaben im Bereich Gesundheit oder der sozialen Sicherheit. Jedoch bleiben einige Fragen offen, z. B. weshalb Männer mehr das Auto und Frauen den ÖV nutzen, weshalb Buben wesentlich mehr Sonderschulung haben und weshalb mehr Männer als Frauen Sozialhilfe beziehen.

Im Gegensatz zum echten Gender Budgeting wurden bei dieser Ausgabeninzidenzanalyse nur die Ausgaben verglichen, nicht aber dargelegt, inwiefern die Verteilung nicht nur identisch, sondern auch bedarfsgerecht und gleichstellungsorientiert den Lebensrealitäten und Bedürfnissen der Zielgruppen entspricht.

Gender Budgeting ist kein einmaliger Vorgang, sondern gewinnt erst durch Kontinuität an statistischer Aussagekraft. Es lassen sich anhand nur eines Jahres keine Aussagen treffen, ob es grundsätzlich geschlechterspezifische Unterschiede gibt und wie diese sich in der Zukunft entwickeln werden.

Deshalb ist es wichtig, in regelmässigen und sinnvollen Abständen zu prüfen, inwiefern sich die geschlechterspezifischen Unterschiede bei den Ausgaben entwickeln. Dies ermöglicht, dass sich aus dem Gender Budgeting wichtige Erkenntnisse für die Stadtverwaltung und die Politik gewinnen lassen und die Mittel der Stadt künftig effizienter und bedarfsgerechter verteilt werden können.

Zudem bezieht sich das Gender Budgeting aktuell jeweils nur auf die Unterschiede zwischen Mann und Frau. Es ist zu hoffen, dass in Zukunft auch Daten zu TINA*-Personen¹ vorliegen werden, welche in die Analyse miteinbezogen werden können.

Die unterzeichnenden Fraktionen fordern den Stadtrat auf, dem Grossen Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, die es erlaubt, in sinnvollen periodischen Abständen ein Gender Budgeting mit Fokus auf die relevanten Funktionen durchzuführen, um die Auswirkungen der bereits geplanten Massnahmen sowie gesellschaftliche Entwicklungen zu verfolgen und allenfalls zusätzliche Massnahmen zu ergreifen. Ausserdem muss aufgezeigt werden, welche Massnahmen zur Verbesserung der Datengrundlage unternommen werden.

¹ TINA* steht für Trans*-, Inter*-, Non-binary*- und Agender*-Personen.